

Aus der Zentrale von IN VIA



v.l.n.r.: Regine Rosner und Susanne Nowak (Bild: IN VIA Deutschland)

Susanne Nowak und Regine Rosner feiern 25-jähriges Dienstjubiläum

Am 8. Februar 1999 traten Regine Rosner und Susanne Nowak ihren Dienst bei IN VIA Deutschland an. Genau 25 Jahre später – am 8. Februar 2024 – gratulierten die Kolleginnen den Jubilarinnen in feierlichem Rahmen, überreichten Geschenke und trugen ein gedichtetes Lied vor. Mit heiteren Anekdoten erinnerten sich die Kolleginnen an ihre Anfangszeit bei IN VIA im Winter 1999. Regine Rosner war wie heute für den Bereich Frauen und Migration zuständig. Später wechselte sie in die Jugendsozialarbeit und war lange Bundesreferentin für Schulsozialarbeit und Bildung, bis sie nunmehr seit 2015 erneut den Bereich Frauensozialarbeit und Migration verantwortet, jetzt als Fachbereichsleiterin. Susanne Nowak begann ihre Zeit bei IN VIA Deutschland als Bundesreferentin für Schulsozialarbeit, bis sie wegen Elternzeit pausierte. Danach verantwortete sie verschiedene Projekte wie „Lernen durch Engagement“ und „Ausbildungspatenschaften“. Seit 2015 ist sie Bundesreferentin für Jugendberufshilfe. Geschäftsleiter Torsten Trautwein dankte beiden für ihren engagierten Einsatz und ihr Voranbringen von zukunftssträchtigen Themen in 25 Jahren.

IN VIA unterstützt die Stellungnahme „Für eine plurale und demokratische Gesellschaft“

IN VIA Deutschland unterstützt die von Wissenschaftler*innen der Migrations-, Rassismus-, Antisemitismus-, Rechtsextremismus- und Diskriminierungsforschung verfasste Stellungnahme „Für eine plurale und demokratische Gesellschaft – Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wirksam entgegnetreten!“. Die Verfasser*innen stehen für eine Wissenschaft in gesellschaftspolitischer Verantwortung auf der Basis der demokratischen Verfasstheit der Bundesrepublik Deutschland. Als Forschende und Lehrende teilen sie und die Unterstützer*innen der Stellungnahme ein emanzipatorisches, teilhabeorientiertes und diskriminierungskritisches Verständnis von Bildung und Wissenschaft. Als Forschende, Lehrende und als Bürger*innen seien sie einer wehrhaften Demokratie verpflichtet und stellen sich entschieden gegen extrem rechte, rassistische, antisemitische und weitere Ungleichwertigkeitsideologien. Die Stellungnahme finden Sie im Anhang dieser Nachrichten.

Kooperationsverbund Schulsozialarbeit auf der didacta – Bildungsmesse in Köln

In Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) konnte der Kooperationsverbund Schulsozialarbeit erstmals die Profession Schulsozialarbeit im Rahmen der didacta - Bildungsmesse platzieren. Aussteller*innen und Publikum kommen zum größten Teil aus dem Schulsystem und dem Kita-Kontext. Dennoch folgte eine interessierte Teilnehmer*innen-Gruppe dem Vortrag des Kooperationsverbundes Schulsozialarbeit. Die beiden Vertreterinnen des Kooperationsverbundes Prof. Angelika Iser, Hochschule München und Julia Schad-Heim, IN VIA Deutschland stellten das Bildungs- und Professionsverständnis der Schulsozialarbeit angesichts aktueller gesellschaftspolitischer Herausforderungen anschaulich dar. In einem intensiven Austausch wurde u.a. deutlich, dass bundesweit gesehen weiterhin eine Angleichung und Schärfung des Profils von Schulsozialarbeit nötig sind, insbesondere aufgrund der teils sehr unterschiedlich gestalteten Landesprogramme. Auf diese Weise kann Schulsozialarbeit ihre Potenziale noch besser entfalten, so dass möglichst viele junge Menschen von ihrer Begleitung profitieren können.



Julia Schad-Heim (links) und Prof. Angelika Iser
(Foto: GEW)

Aus der Zentrale des DCV

Interview mit Präsidentin Eva Maria Welskop-Deffaa zum Thema Rechtspopulismus

Caritas-Präsidentin Eva Maria Welskop-Deffaa erläutert in ihrem Interview, warum die Caritas drei Hebel hat, um gegen Rechtspopulismus aktiv zu werden. „Erstens: Wir sind mit unserer Arbeit in den Beratungsstellen, in der Jugendsozialarbeit, in den Bahnhofsmissionen nah bei den Menschen und ihren Nöten. Wir helfen konkret, diese zu überwinden und geben Zukunftsmut. (...) Wir haben darüber hinaus die Chance, und das ist der zweite Hebel, die vielen Gesprächssituationen, die sich uns im Alltag bieten - mit Kolleg*innen, mit Ratsuchenden - so zu gestalten, dass auch politische Nöte angesprochen werden. Das wollen wir im Rahmen unserer Jahreskampagne "Frieden beginnt bei mir" gezielt intensivieren (...). Drittens: Wir haben uns öffentlich an die Seite vieler anderer Organisationen, Institutionen und Menschen gestellt, die ihre Stimme erheben für die demokratischen Grundwerte und für die Vision einer solidarischen Gesellschaft.

Der Deutsche Caritasverband ist eine von mehreren hundert Organisationen im Bündnis #WirSind-DieBrandmauer (...).“ Mehr unter <https://t1p.de/j4nw4>. In diesem Zusammenhang noch einmal der link zur Jahreskampagne 2024: [Frieden beginnt bei mir](#), zur Kampagne des DiCV Paderborn: [Unser Kreuz hat keine Haken. Unser Kreuz hat alle Farben](#), sowie zum Kommentar vom Prof. Dr. Ulrike Kostka in der *neue caritas* ["Aufstehen gegen Rechtsextremismus"](#)

Kirche & Gesellschaft

Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar

Die Deutsche Bischofskonferenz verabschiedet einstimmig die Erklärung „Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar“. Rechtsextreme Parteien und solche, die am Rande dieser Ideologie wuchern, sind für Christ*innen nicht wählbar. Dieser Appell ist ein Weckruf in die Gesellschaft. Die Bischöfe sprechen erstmals einer Partei explizit die Wählbarkeit ab und erklären unmissverständlich, dass die Verbreitung rechtsextremer Parolen mit dem ehrenamtlichen Dienst in der Kirche unvereinbar sei. Mehr unter <https://t1p.de/l1jrh>.

Potenzielle AfD-Wählerinnen und Wähler erreichen

Menschen, die die AfD unterstützen, würden am stärksten unter der AfD-Politik leiden. Das zeigt eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Dies gilt für fast jeden Politikbereich: Wirtschaft und Steuern ebenso wie Klimaschutz, soziale Absicherung, Demokratie und Globalisierung.

Aber nicht nur den AfD-Wähler*innen selbst würde die Politik schaden. Die AfD ist auch eine Gefahr für die deutsche Demokratie an sich – das hat der Präsident des Bundesverfassungsschutzes mehrfach öffentlich betont. Die Initiative #AfDNee hat einen Faktencheck entwickelt. Sie will darüber aufklären, wer wirklich von der Politik der AfD profitieren würde. Und sie will zeigen, was die AfD-Forderungen für Deutschlands Zukunft wirklich bedeuten. Erreicht werden sollen die Protest- und Wechselwähler*innen. Mehr unter <https://t1p.de/mnlwf>.

Hass im Internet nimmt zu

„Lauter Hass – leiser Rückzug. Wie Hass im Netz den demokratischen Diskurs bedroht“ – so heißt die Studie des Kompetenznetzwerks gegen Hass im Netz. Die repräsentative Studie zeigt, dass Hass im Netz alltäglich ist und weiter zunimmt. Fast jede zweite Person in Deutschland (49%) wurde schon einmal online beleidigt. Ein Viertel (25%) der Befragten wurde mit körperlicher Gewalt und 13% mit sexualisierter Gewalt konfrontiert. Besonders häufig betroffen sind nach eigenen Angaben Personen mit sichtbarem Migrationshintergrund (30%), junge Frauen (30%) und Menschen mit homosexueller (28%) und bisexueller (36%) Orientierung. Fast jede zweite junge Frau (42%) erhielt bereits ungefragt ein Nacktfoto. Hass im Netz ist allgegenwärtig und viele Menschen sind davon abgestoßen, halten sich zurück oder schweigen. Um gemeinsam etwas dagegen zu unternehmen, führt das Kompetenznetzwerk Wissen und Erfahrung zusammen: Beratungsangebote für Betroffene, Unterstützung beim Schutz vor Cyberkriminalität und digitaler Gewalt oder Know-How für Debattenkultur im Netz. Mehr unter <https://t1p.de/xuzcg>.

Sprachleitfaden zum Thema sexualisierte Gewalt

Die Evangelische Kirche in Deutschland veröffentlichte im Rahmen ihrer Forschung zur Aufarbeitung von sexualisierter Gewalt und anderen Missbrauchsformen in der evangelischen Kirche und der Diakonie in Deutschland einen Sprachleitfaden zum Thema sexualisierte Gewalt. Der Leitfaden stellt wichtige Begriffe vor und erläutert wann, ob oder mit welcher Vorsicht sie verwendet werden sollten. Mehr unter <https://t1p.de/kciyi>.

Ausbildung & Qualifizierung

BWP-Ausgabe zum Thema „Künstliche Intelligenz“

Die aktuelle Ausgabe der BIBB-Fachzeitschrift "Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis" (BWP) setzt sich mit dem Thema „Künstliche Intelligenz“ auseinander. Die Beiträge geben Einblick in das Themenfeld, vor allem in den Bereich der generativen KI, und erörtern, welche Potentiale KI-basierte Technologien für die Berufsbildung bereithalten. Zugleich werden Anforderungen, wie beispielsweise ethische Aspekte, aufgezeigt und diskutiert, wie eine verantwortungsvolle Nutzung von KI-Technologien in beruflichen Lernprozessen aussehen könnte. Mehr unter <https://t1p.de/7o609>.

Vorschläge für mehr Inklusion im Berufsbildungsbereich von Werkstätten

Menschen mit Beeinträchtigungen absolvieren ihre Ausbildung überwiegend im Berufsbildungsbereich von Werkstätten für Menschen mit Behinderung (WfbM). Inklusion endet häufig am Übergang von Schule zu Beruf, da bereits die Berufsorientierung für Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt selten im Bereich des allgemeinen Arbeitsmarktes stattfindet, sondern in der Regel in Werkstätten. Um einen "automatisierten Übergang" vom Berufsbildungsbereich in die Werkstatt zu unterbrechen, könnte der Berufsbildungsbereich aus der Werkstatt ausgegliedert und stattdessen an schulische und berufliche Bildungszentren, Berufsbildungswerke oder Berufsschulen andockt werden und Raum schaffen für alternative Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Mehr unter <https://t1p.de/5h5o5>

Studie zu Stadt-Land-Disparitäten bei der dualen Ausbildung

Sehr viele junge Menschen absolvieren ihre Berufsausbildung in großen Städten. Dort finden sie ein größeres Angebot an Bildungs- und Arbeitsalternativen als auf dem Land. Hingegen entscheiden sich deutlich weniger Jugendliche für eine Ausbildung bei einem Betrieb im ländlichen Raum. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) auf Basis der Berufsbildungsstatistik und bewertet die Mobilität als entscheidenden Faktor im Hinblick auf ein Stadt-Land-Gefälle im dualen Ausbildungsgeschehen. Mehr unter <https://t1p.de/498lg>

Bildung

DVPB stellt klar: Demokratie braucht politische Bildung, keine Neutralität!

In einem Positionspapier bezieht die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung e.V. (DVPB) Stellung zu aktuellen Anfeindungen, die pädagogisches Personal, Schüler*innen und Eltern treffen, die sich in den Schulen für einen demokratischen Diskurs und eine demokratische Schulkultur einsetzen. Sie stellt klar: Schule unterliege dem Demokratie-Auftrag unserer Gesellschaft und habe die Aufgabe, die Kinder und Jugendlichen zu befähigen und zu animieren, für die demokratischen Grundwerte einzutreten – gerade in Zeiten, in denen Anfeindungen und Angriffe gegen diese Werte zunehmen. Schule sei kein politisch neutraler Ort. Aus den Geboten zur parteipolitischen Neutralität oder zur politischen Mäßigung von Beamt*innen sei nicht abzuleiten, dass sich Lehrkräfte zu menschen- oder demokratiefeindlichen Äußerungen neutral verhalten müssen. Dies gelte auch für Aussagen von Politiker*innen. Mehr unter <https://dvpb.de/nicht-neutral/>.

Bericht zum ZdK-Fachgespräch „Demokratie leben lernen in der Schule“

Auf Einladung des Sachbereichs Bildung/Kultur/Medien des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) diskutierten Wissenschaftler*innen und Praktiker*innen aus der politischen Bildung sowie der Sozialen Arbeit darüber, ob Demokratiebildung eine Aufgabe der Schule ist. Hierzu war auch IN VIA Deutschland eingeladen. Die Chancen und Herausforderungen demokratischer Bildung im Schulsystem sind kritisch beleuchtet worden. Insbesondere konnte ein Landesschülervertreter an dieser Stelle Einblicke in den Schulalltag geben und kritisierte die Mentalität einer „Sandkastendemokratie“ für Schüler*innen. Aufgrund der unterschiedlichen Machtverhältnisse im Schulsystem werde Beteiligung nicht authentisch erlebt. Außerschulische Angebote sowie Angebote in Zusammenarbeit mit Schulsozialarbeit und Jugendsozialarbeit sind als zentrale Akteure der Demokratiebildung identifiziert worden. Sie können Schüler*innen eine Vertrauensbasis bieten sowie andere „Räume“ nutzen und konsequent Lebensweltorientierung bieten.

Mädchen & Frauen

Wahlforderungen des Deutschen Frauenrats zur Europawahl

Am 9. Juni 2024 ist Europawahl. Etwa 80 Prozent der deutschen Gesetze haben ihren Ursprung auf EU-Ebene. Die Europäische Union ist zentraler Motor für Geschlechtergerechtigkeit. In mehreren Mitgliedstaaten sind jedoch Rückschritte in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter festzustellen. Anlässlich der EU-Wahl hat der Deutsche Frauenrat konkrete EU-Wahlforderungen aufgestellt. Der Fokus liegt darauf, die Rechte von Frauen und Mädchen zum Leitprinzip der Europapolitik zu machen. Mehr unter <https://t1p.de/klg3x>.

Offener Brief zur Forderung einer Kostenübernahme von Verhütungsmitteln

In einem offenen Brief an die Mitglieder des Bundestags (<https://t1p.de/xsvqx>) fordern im sozialen Bereich tätige Verbände eine bundesgesetzliche Regelung zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln. Jeder Mensch soll unabhängig von seiner finanziellen Situation Zugang zu sicheren und gesundheitsschonenden Verhütungsmitteln haben. Die Kosten für Verhütungsmittel sind für viele Menschen mit geringem Einkommen unerschwinglich – das zeigt die Evaluierung des Modellprojekts der pro familia. Mehr unter <https://t1p.de/md24s>.

Ausstellung setzt ein starkes Zeichen gegen Beschneidung der weiblichen Genitalien

Die *Agenda 2030* der Vereinten Nationen verfolgt das Ziel, weibliche Genitalbeschneidung bis 2030 auszulöschen. Leider sind die Zahlen während der Corona-Pandemie angestiegen. Die Beschränkungen und Unsicherheiten dieser Zeit haben den Druck auf praktizierende Gruppen verstärkt. "breaking blades" setzt sich aktiv für die Umsetzung dieser Agenda ein und ruft dazu auf, gemeinsam gegen diese menschenverachtende Praktik vorzugehen. Die von der Fotografin Antje Pohsegger initiierte "breaking blades - break off FGM_C" Ausstellung will die Aufmerksamkeit auf das Thema Beschneidung der weiblichen Genitalien (FGM_C) lenken und für die Auswirkungen auf Überlebende sensibilisieren. Ein virtueller Ausstellungsbesuch wird am 7. Mrz. 2024 von 18:00 Uhr bis 19:30 Uhr angeboten. Anmeldungen bis einschließlich 05. März unter <https://t1p.de/8rgul>.

Migration & Integration

Vorläufige Einigung zur GEAS-Reform

Die Vertreter*innen der EU-Mitgliedstaaten haben am 8. Februar die vorläufige Einigung vom 20. Dezember zwischen dem Ratsvorsitz und dem Europäischen Parlament über die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) gebilligt. Die Einigung beschließt deutliche Verschärfungen in der gemeinsamen Asylpolitik und umfasst ein Paket von fünf Rechtsakten zur Reform des EU-Asyl- und Migrationssystems. Die Reform wurde bereits im Vorfeld massiv durch zivilgesellschaftliche Organisationen und einige Abgeordnete kritisiert. Alle Änderungen können auf der Webseite des Europäischen Rats nachgelesen werden. Die Rechtsakte müssen noch förmlich vom Europäischen Parlament und vom Rat angenommen werden. Mehr unter <https://t1p.de/rv194> und <https://t1p.de/9z235>.

Anerkennung geschlechtsspezifischer Verfolgung als Fluchtgrund

Frauen, die vor geschlechtsspezifischer Verfolgung fliehen, bekommen in vielen Fällen keinen asylrechtlichen Schutz. Mit seinem Urteil vom 16. Januar 2024 stellt der Europäische Gerichtshof (EuGH) nun klar, dass geschlechtsspezifische Gewalt in allen Formen zu Flüchtlingsschutz führen kann. Gewalt gegen Frauen kann nach der EU-Qualifikationsrichtlinie (RL 2011/95) einen Verfolgungsgrund darstellen. Die Richtlinie müsse im Einklang mit dem Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) ausgelegt werden. Nationale Gerichte und Behörden in der EU sind nun verpflichtet, einheitlich umzusetzen, was Teile der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft schon lange fordern: Frauen als soziale Gruppe anzuerkennen und ihnen bei geschlechtsspezifischer Verfolgung konsequent die Flüchtlingseigenschaft zuzuerkennen. Mehr unter <https://t1p.de/g3gao>.

Positionierung des Paritätischen Gesamtverbands zur Flüchtlingspolitik

In Anbetracht der aktuellen Flucht- und Migrationspolitik hat der Paritätische Gesamtverband unter dem Titel „Gestalten statt Ausgrenzen“ eine grundsätzliche Positionierung zur Flüchtlingspolitik veröffentlicht. Der Paritätische stellt sich entschlossen gegen die Entrechtung und Ausgrenzung Geflüchteter. Er setzt sich für das individuelle Recht auf Asyl ein und fordert mehr legale Zugangsweisen sowie den Einbezug in die sozialen Regelsysteme und eine soziale, gestaltende und solidarische Politik. Mehr unter <https://t1p.de/deapk>.

Ärzte der Welt: Informationsbroschüren für Geflüchtete

Die Organisation Ärzte der Welt hat in mehreren Sprachen Informationsbroschüren für Geflüchtete zu Gesundheitsthemen erstellt. Die Broschüren behandeln sowohl allgemeine Gesundheitsthemen als auch medizinische Rechte im Asylverfahren, das deutsche Gesundheitssystem und psychische Gesundheit. Die Informationen richten sich vor allem an Geflüchtete in Oberbayern, können aber auch in anderen Regionen relevant und hilfreich sein. Mehr unter <https://t1p.de/4357e>.

Übersicht der gesetzlichen Änderungen zum Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete

Das Projekt „AZG – Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete“ hat eine Übersicht über die jüngsten gesetzlichen Änderungen mit Bezug zum Arbeitsmarktzugang und den damit verbundenen Aufenthaltsmöglichkeiten für Geflüchtete veröffentlicht. Mehr unter <https://t1p.de/3rhqj>.

Bahnhofsmission

Save-the-date: Fachtag zur Finanzierung der Bahnhofsmission

Am 06.05.2024, 9:00 bis 13:00 Uhr veranstaltet der Bahnhofsmission Deutschland e.V. einen Fachtag zur Finanzierung der Bahnhofsmission. Unter anderem wird Prof. Dr. Thomas Beyer von der Katholischen Universität Eichstätt Ergebnisse aus dem durch das Diakonische Werk Bayern beauftragte Rechtsgutachten zu Finanzierungsmöglichkeiten für die Aufgaben der Bahnhofsmission vortragen. Die Einladung mit weiteren Informationen zu Workshops, Mitwirkenden und Anmeldung wird noch versandt.

Tag der Bahnmissionsmission „Mitmenschlich: Bahnmissionsmission“ am 27.04.2024

Am 27.04.2024 findet der bundesweite Tag der Bahnmissionsmission unter dem Motto „Mitmenschlich: Bahnmissionsmission“ statt. Weitere Informationen entnehmen Sie der Mail der Bundesgeschäftsstelle an die Bahnmissionsmissionsleitungen und „Dilas“ vom 27.02.2024.

Neue Programme & Projektausschreibungen

Erlebe die Welt! Nach dem Mittleren Schulabschluss ins Ausland

Das Stipendium der Kreuzberger Kinderstiftung fördert den Schulaufenthalt im Ausland, wenn die Schüler*innen in Deutschland auf eine Real-, Mittel-, Gemeinschafts- oder Sekundarschule gehen. Die Programmkosten für den Schüler*innenaustausch belaufen sich je nach Land, Leistungsumfang und Austauschorganisation auf mindestens 6.000 EUR. Wenn sich die Familie des/der Schüler*in die anfallenden Kosten nicht leisten kann, übernimmt die Kinderstiftung unter bestimmten Voraussetzungen einen Teil davon. Mehr unter <https://t1p.de/90ot6>.

Erasmus+ Berufliche Bildung: Nützliche Tools für die Beantragung von Kurzzeitprojekten in der Berufsbildung

Ein Kurzzeitprojekt in der Leitaktion 1 gibt die Möglichkeit, Erasmus+ kennenzulernen und erste Projektideen in kleinerem Rahmen umzusetzen. Der vergleichsweise einfache Zugang zu Fördermitteln für Auslandsaufenthalte ist vor allem für unerfahrene Einrichtungen geeignet. Um die Antragstellung zu erleichtern, sind auf dieser Seite alle nützlichen Tools auf einen Blick zusammengestellt. Mehr unter <https://t1p.de/hjw7l>.

Termine & Tagungen

„So geht Social Video – mehr Sichtbarkeit und stärkerer Content für eure Social-Media-Kanäle“ 7. – 9. Juni 2024 in Berlin

In drei Tagen vermittelt das Seminar des Pressenetzwerks für Jugendthemen e.V. (PNJ), was erfolgreiche Social-Media-Arbeit ausmacht. Gelungene Beispiele sowie Tipps und Tricks werden an die Hand gegeben. Schwerpunktmäßig geht es um die Produktion von Video-Content für verschiedene Plattformen. Bestehende Social-Media-Kanäle der Teilnehmenden werden unter die Lupe genommen. Das Seminar richtet sich vor allem an ehrenamtlich tätige Presse- und Öffentlichkeitsarbeiter*innen in Jugendverbänden sowie an Journalist*innen mit dem Themenschwerpunkt Jugend. Die Teilnehmer*innenzahl ist begrenzt. Ausgewählte Bausteine der Social-Media-Werkstatt: Relevante Social-Media-Plattformen und ihre Trends kennenlernen: Wo ticken Instagram, TikTok, YouTube und Co. gleich, wo gibt es Unterschiede? Welche sozialen Netzwerke machen Sinn für meine Organisation? Wie baue ich ein spannendes Social Video auf? Wie erzähle ich packende Geschichten in wenigen Sekunden? Mehr unter <https://t1p.de/5nib5>.

Aus der Fortbildungs-Akademie des DCV

- **Phänomen Trauma als Herausforderung für die Sozialarbeit. Seminar für Praktiker*innen aus der Sozialen Arbeit - Online-Seminar 03.06.2024 - 05.06.2024**

Praktiker*innen stoßen nicht selten in ihrer Arbeit mit traumatisierten Menschen an die Grenzen ihres professionellen Handelns, obwohl sie grundsätzlich ihr „Handwerk“ beherrschen. Die massive psychische Belastung dieser Klient*innen hat enorme Auswirkung auf die Interaktion zwischen Helfer*innen und ratsuchenden Menschen. Was passiert gerade mit meinen Klient*innen? Was brauchen sie jetzt von mir und wie kann ich sie überhaupt erreichen? Was kann und darf ich in meinem Arbeitskontext eigentlich tun, um diesen Menschen zu helfen? Das Seminar vermittelt konkrete Handlungsstrategien. Mehr unter <http://www.caritas-akademie.de/PS10V>

Aktuelle Fortbildungsangebote und Fachtagungen

- **Betriebswirt/Betriebswirtin im Sozial- und Gesundheitswesen / Geprüfter Fachwirt/Geprüfte Fachwirtin im Gesundheits- und Sozialwesen IHK vom 25. bis 27. April 2024, Paderborn** Neu: Doppelqualifikation mit Förderfähigkeit durch Aufstiegs-BAföG. Führungsverantwortung umfasst einen großen Aufgabenbereich, der neben den Fachkenntnissen in spezifischen Arbeitsfeldern und Personalführung auch betriebswirtschaftliche Kompetenzen beinhaltet. Einflussfaktoren wie Fachkräftemangel, steigende Kosten und gesetzliche Vorgaben beeinflussen das Alltagsgeschäft und fordern umsichtiges Handeln in allen Prozessen der betrieblichen Praxis. Die Sicherheit im Umgang mit Zahlen, bei der Lenkung von Prozessen etc. entlastet und gibt Freiräume für andere Aufgaben. Der Lehrgang umfasst insgesamt 656 Unterrichtseinheiten. Die Inhalte werden in 21 Präsenzterminen (1 dreitägiges Seminar pro Monat) und 26 Web-Seminaren vermittelt. 50 % der Lehrgangsgebühren können durch das Aufstiegs-BAföG bei gegebenen Voraussetzungen gefördert werden. Mehr unter <https://t1p.de/aiecj>.

Informationen der bundeszentralen und überregionalen Fortbildungsakademien in der Caritas erhalten Sie auf deren Homepages und in den Kursprogrammen unter <http://www.caritas-akademien.de>. Die Veranstaltungen der IN VIA Akademie finden Sie außerdem direkt unter: <http://www.invia-akademie.de>.

Folgen Sie uns auch auf unserem X-Account!



IMPRESSUM:

IN VIA Katholischer Verband für
Mädchen- und Frauensozialarbeit
Deutschland e.V.
Karlstr. 40
79104 Freiburg

Redaktion: Elise Bohlen/Annelie Engelbert

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 11.03.2024
Berichte sowie An- und Abmeldung vom Newsletter:
annelie.engelbert@caritas.de